

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Bettzeile oder deren Raum 40 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Donnerstag, den 13. Juni 1918.

25. Jahrg.

Die Wahlrechtsfrage der Untertanen.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsfrage erfolgen auf der Drehbühne. Jeder neue Aufzug zeigt ein neues Bild. Schöner werden sie darum nicht.

Die vierte Lesung brachte „das Wahlrecht der Tüchtigen“. Das ist ein Kompromiß, an dem seit Wochen geknabert wurde und das erst Dienstag früh fertig gestellt wurde. Ein Verständigungsantrag aller offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde! Er geht aus von den Anträgen Lohmann, d. h. den verdrehten Vorstellungen vom Wahlrecht, welche die schwerindustrielle Minderheit der Nationalliberalen hat. Sie erstrebt bekanntlich ein Wahlrecht mit zwei Pluralstimmen, die eine für Alter, die andere für irgendwelche sonstigen Vorzüge. Ursprünglich haben die Konservativen diesen Antrag abgelehnt. Jetzt hatten ihnen die Lohmänner zugestanden, zur Voraussetzung der Wahlfähigkeit zweijähriger statt einjähriger Anwesenheit zu machen und statt einer Zweidrittelmehrheit für löstliche Verfassungsreformen eine Dreiviertelmehrheit zu fordern. Auch das Zentrum hatte ursprünglich abgelehnt. Ihm hatten die Lohmänner jetzt angeboten, mitzutreten für die verfassungsmäßige Verbürgung der Staatszugehörigkeit an die Kirche und der konfessionellen Volksschule. Daraufhin sind die Konservativen sämtlich und vom Zentrum ein erheblicher Teil auf den Boden des Lohmannschen Wahlrechtsinns getreten.

In dieser Art wurde der scheußliche Wechselhaß geboren, den jetzt das preuß. Abgeordnetenhaus zur Welt befördert hat. Es ist das unsinnigste, niederträchtigste und das arbeitende Volk am schwersten beleidigende Wahlrecht, das überhaupt nur denkbar war.

Um wählen zu können, soll man in Zukunft zwei Jahre im Wahlkreis wohnen müssen. Wer also von Schöneberg nach Charlottenburg verzieht oder sogar innerhalb Berlins von der Friedrichstraße nach der Chausseestraße, verliert sein Wahlrecht. In einer Zeit, in der Krieg und Übergangswirtschaft die Menschen durcheinanderwirbeln wie nie zuvor, ist das ein geradezu horrender Unsinn. Als ob es den Opfern des Mietwunders Spaß machte, ein Bagabundenleben zu führen und keine richtige Heimat zu haben! Als ob man sie zur Strafe für dieses Unglück noch entrechteten müßte!

Und dann die Zusatzstimmen! Die Altersstimme straft die Arbeiterklasse für die sozialen Verhältnisse, in denen sie lebt und die einen hohen Prozentsatz in den frühen Tod jagen. Eine weitere Zusatzstimme sollen erhalten alle wirtschaftlich Selbständigen und leitenden Betriebsbeamten nach einem Jahre, alle Ehrenbeamten nach 10 Jahren, alle Angestellten, Kutscher, Vorarbeiter und Kottensführer, die regelmäßig die Aufsicht über mindestens 5 Arbeiter haben, ebenfalls nach 5 Jahren. Mit anderen Worten: jeder Preuße, der nicht Arbeiter ist. Es ist ein unmittelbares Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse, das in dem neuen Antrag Lohmann-Heydebrand enthalten ist. Und ein Ausnahmegesetz gegen die Kriegsteilnehmer. Die Alten sind zu Hause geblieben und erhalten dafür eine Vorzugsstimme; die Jungen haben im Felde geblutet und werden dafür entrechtet. Manche Heimkrieger und Reservierten haben sich schöne Wunden zurechtgemacht, Beamtenstellen oder Krampfläden, in denen mit Lebensmitteln wacker gewuchert und geschoben wird — sie erhalten eine Zusatzstimme; aber die Soldaten draußen vor der Front, die froh sein müssen, bei der Rückkehr nur irgendwo Arbeit zu finden, werden obendrein noch aus dem politischen Wahlbürgerrecht ausgeschlossen. So sieht das dankbare Vaterland bei Lohmann und Heydebrand aus.

Dieses infame „Wahlrecht der Tüchtigen“, wie es seine Urheber taufen, ist wohl ausgesonnen. „Wär' der Gedanke nicht verflucht gewesen, man wär' versucht, ihn herzlich dummen zu nennen.“ Heydebrand war natürlich, daß Krone und Regierung auf diese Niedertracht nicht eingehen können, weil sie nicht moralischen Selbstmord verüben wollen. Dann kehrt also der Wahlkampf bevor. Und in diesem will die Reaktion alle Angestellten, Vorarbeiter, Krämer, Beamten usw. mit der ihnen versprochenen Zusatzstimme locken; sie will eine Einheitsfront aller Bevölkerungsschichten gegen die Arbeiterklasse herbeiführen. Eine allgemeine Arbeiter- und Sozialistenhege soll das Ende der Politik des 4. August sein.

Aber die allzu schlauen Wahlrechtsfeinde täuschen sich: das Volk wird ihnen nicht auf diesen Leim kriechen. Wer eine Spur von Gewissen und Ehrlichkeit in sich hat, wendet sich gegen diese abfällige Hinterlist, die das deutsche Volk in zwei tödlich verfeindete Nationen auseinanderreißen will. Die verruchten Urheber dieses Plans werden die ersten sein, die unter dem Übermaß seiner Volksfeindlichkeit zusammenbrechen. Schon hat Herr Lehmann die Nationalliberalen Fraktion gesprengt. Die Mehrheit hat ihn gezwungen, den Vorsitz der Fraktion niederzulegen, und bei der Ersatzwahl wird die Nationalliberale Partei vielleicht schon endgültig auseinanderplatzen. Die große Mehrheit der nationalliberalen Wähler verfaßt den parlamentarischen Latäner der Schwerindustrie das Gefolge. Und auch im Zentrum gärt es. Zum erstenmal haben die Arbeiter in der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses eine Gegenaktion gegen die Wahlrechtsfeinde in den eigenen

Reihen unternommen und eigene Anträge auf Verbesserung des Wahlrechts gestellt. Auch die Zentrumsarbeiter werden in heißen Scharen der Partei den Rücken kehren, wenn diese das Spiel der Fauschauer mitmacht.

Am Dienstag haben die Wahlrechtsfeinde gesiegt. Es ist ihnen nicht wohl dabei. Bis zur jüngsten Lesung am 3. Juli werden sie neue Anschläge austüfteln. Aber das Volk wird auf der Wacht sein, entschlossen, das ehrlich gleiche Wahlrecht unter allen Umständen zu erringen.

Der vorläufige Abschluß der Wahlrechtsdebatte.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die Debatte über die Reform des Wahlrechts zum Haupte der Abgeordneten sowie die Vorlage über die Zusammenlegung des Herrenhauses und die Verfassungsvorlage beider. Wenn auch der größte Teil der Sitzung durch Abstimmungen ausgefüllt wurde und die Debatten nur verhältnismäßig kurz waren, so fehlte es doch nicht an stürmischen Szenen und heftigen Zusammenstößen.

Zunächst nahm die Mehrheit nach kurzer Debatte den Kompromißantrag an, der in den gemäßigten Wahlbezirk der Regierungsbezirke Danzig, Posen und Bromberg die Verhältniswahl einführen und eine Änderung der Bestimmungen über die Abgrenzung der Wahlbezirke von einer Dreiviertelmehrheit in beiden Kammern abhängig machen will. Alle Gegenanträge, insbesondere die der Fortschrittler auf Einführung der Verhältniswahl in dem gleichen Umfange, wie sie jetzt für das Reich geplant sind, wurden niedergestimmt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Zentrumsarbeitervertreter, wonach in dichtbevölkerten Wahlbezirken nicht, wie es die Vorlage will, erst auf weitere 250 000, sondern bereits auf weitere 150 000 Einwohner ein neuer Abgeordneter kommen soll.

Sehr erregt gestaltete sich die Abstimmung bei dem letzten Paragraphen des Wahlgesetzes, der eine Reihe von Uebergangsbestimmungen vorsieht. Die Konservativen und ihr Anhang benutzten hierbei die Gelegenheit zu dem Versuch, sich wegen ihrer Ablehnung des Antrags auf Gewährung einer Zusatzstimme auch an Kriegsteilnehmer zu rechtfertigen. Sie begründeten ihr Verhalten damit, daß dieser Antrag verknüpft gewesen sei mit der Forderung einer Zusatzstimme für den eigenen Hausstand. Deshalb hätten sie nicht dafür gestimmt. Das ist eine ganz faule Insinuation, denn sie hatten ja doch die Möglichkeit, die getrennte Abstimmung zu beantragen. Sie haben von dieser Möglichkeit aber wohlweislich keinen Gebrauch gemacht.

Wiederum kam deutlich das Verlangen zum Ausdruck, die ganze Wahlrechtsdebatte bis nach Beendigung des Krieges zurückzustellen. Genosse Hirsch und Abg. Hoff (Sp.) nagelten das Verhalten der wahrheitsfeindlichen Parteien gebührend fest. Diese schickten darauf den Abg. v. Plesch vor, der selbst im Felde steht und sich zu der Behauptung verstieg, daß die Soldaten an der Front den Wunsch hätten, von derartigen Reden verschont zu bleiben, wie sie die Abgg. Hirsch und Hoff hielten, denn dadurch würde nur unjenern Feinden genügt. Genosse Hirsch erwiderte hierauf in einer kurzen Rede, in der er diese letzte Äußerung des konservativen Redners als Unverschämtheit bezeichnete. Er zog sich dafür wiederholte Ordnunssruufe zu.

Im weiteren Verlaufe wurden die Sicherungsanträge des Zentrums mit einer überzogenen Mehrheit angenommen, ebenso in namentlicher Abstimmung der Antrag, der für jede Verfassungsänderung eine Dreiviertelmehrheit vorsieht.

Die GesamtAbstimmung ergab die Annahme des so veränderten Verfassungswerkes mit den Stimmen der beiden konservativen Parteien, des rechten Flügels der Nationalliberalen und etwa eines Drittels des Zentrums. Der Rest des Zentrums, der linke Flügel der Nationalliberalen, Fortschrittler, Polen, Sozialdemokraten beider Richtungen und Dänen stimmten dagegen.

Das Schandwerk ist vollendet!

Die Regierung provoziert die Arbeiterklasse

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach langen Verhandlungen ist die Reichstags-Kommission zur Beratung des Arbeitskammer-Gesetzentwurfes zu dem Beschluß gekommen, die Arbeitskammer auf territorialer Grundlage aufzubauen. Das ist gegen die Regierungsvorlage geschehen; die eine jährliche Grundlage der Arbeitskammern wollte. Aber es ist geschehen in Uebereinstimmung mit dem Verlangen sämtlicher Gruppen der Arbeitnehmer. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung diesen Kommissionsvorschlägen zugestimmt hätte, da ja die Wirksamkeit der Arbeitskammern von der lebendigen Anteilnahme der Kreise abhängt, für die sie in erster Linie gedacht ist. Das sind die Arbeitnehmer. In der letzten Sitzung der Arbeitskammer-Kommission erklärte aber der Regierungsvorsteher, daß er die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht in Aussicht stellen könne. Also ein glattes Unannehmbar der Regierung!

Wir stehen jetzt am Ende des vierten Kriegsjahres. Wenn die Regierung sich zur Einbringung der Arbeitskammer-Vorlage entschlossen hat, so nicht zum wenigsten dieser Tatsache wegen. Sie wollte zeigen, daß sie den be-

rechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nachkommen wolle. Es scheint, als wenn die Regierung den Ernst der Zeit vollständig verkenne. Eine solche Brüstung, wie sie in diesem Unannehmbar der Regierung liegt, hätte man ihr wirklich nicht zutrauen können. Dies Verhalten ist eine jener Selbstanklagen, die wir leider gerade in der Kriegszeit bei ja manchen Maßnahmen der Regierung haben beobachten müssen und die sich nur erklären lassen aus dem Fehlen jeder Verbindung mit den breiten Schichten der Bevölkerung und dem daraus resultierenden Unvermögen, die Stimmung der Bevölkerung zu erkennen.

Die Arbeitskammer-Kommission hat unter diesen Umständen von einer Weiterberatung der Vorlage zunächst Abstand genommen und will erst eine Entschliebung der Fraktionen herbeiführen. Von unseren Genossen in der Arbeitskammer-Kommission war beantragt, dem Plenum des Reichstages Bericht zu erstatten. Diefem Antrage zustimmen sahen sich die bürgerlichen Kommissionsmitglieder, weil sie davon eine unguünstige Wirkung auf die Stimmung der Massen befürchteten. Als ob es ein Verbrechen gäbe, wenn die Regierung die Wirkung einer Entschliebung, wie sie in ihrer Erklärung in der Reichstagskommission mitgeteilt wird, vorher sorgfältig abgemessen hat, und sie nach dann natürlich auch die Folgen, die eine solche Entschliebung bei den Massen auslöst, auf sich nehmen. Fraglos wird tiefe Enttäuschung in der Arbeiterschaft die Folge sein, ist doch nunmehr das Schicksal der Arbeitskammer-Vorlage wieder in ein zunächst undurchdringliches Dunkel gehüllt. Jedenfalls werden die Arbeiter die erforderlichen Schlüsse aus dieser Regierungserklärung ziehen. Sie können nur dahingehen, alles zu tun, was irgend getan werden kann, um ihre gewerkschaftliche Organisation so auszubauen, daß sie diese zu einer wirklichen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen in jeder Hinsicht befähigen.

Deutscher Reichstag.

Nach der dritte Tag der Debatte über den Heeresetat stand im Zeichen starker Kritik gegen viele Mängel im Heereswesen. Als erster Redner sprach der Abg. Schulenberg, der u. a. vorbrachte, daß es noch Leute gibt, die zwei Jahre keinen Urlaub erhalten haben. Die Klagen darüber, daß das G. R. zweiter Klasse in der Etappe häufiger als an der Front verließen wird, sind schon etwas Alltägliches geworden. Der Kriegsminister legte sich zu Beginn seiner Rede für die guten Seiten des Preußens und vor allem des Berliner ins Zeug, die er gegen süddeutsche Angriffe in Schutz nehmen zu müssen glaubte. Dann legte er sich für den Wert der aktiven Offiziere ein, obwohl er von niemand bestritten worden war. Eine eigenartige Begründung fand er für die Mängel der Bekleidung der Soldaten. Er meinte, die Geschmäcker seien verschieden. Im arsten und ganzen lauten aber doch die Klagen darauf hinaus, daß sich alle Geschmäcker darüber einig sind, keinen Grund zu Lobeshymnen für die tägliche Menage zu haben. Herr Graefe wandte sich mit recht konservativer Logik gegen parteipolitische Beeinflussungen im Heere, will aber mit seiner Fraktion gegen den fortschrittlichen Antrag stimmen, der auf Unterlassung jeder politischen Einwirkung dringt. Seine Behauptung, daß die freie Volksherrschaft die deutschen Gefangenen schlecht behandle, wird er hoffentlich zu beweisen verstehen. General v. Wriesberg wandte sich scharf gegen die Beschimpfung von Soldaten durch Vorgesetzte. Es bleibt zu hoffen, daß auch demgemäß gegen rigorose Vorgehens vorgegangen wird. Zuletzt sprachen der Unabhängige Knittel und der Pole Sosinski. Nach einigen Angriffen gegen die alte Sozialdemokratie, ohne die eine unabhängige Rede eben keine ist, führte er eine Reihe von gerechten Beschwerden an, die namentlich das Kasernenwesen und Verpflegungsweisen betrafen. Der Pole Sosinski wandte sich gegen einen hunderbaren Reklamationsbrauch, nach der Angestellte in Arbeiterkittel gekleidet werden, wenn die Kontrolle kommt, da sie als solche reklamiert sind.

Berlin, den 12. Juni 1918.

173. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstabe: v. Pappritz, Kriegsminister von Stein.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsheeres wird fortgesetzt.

Abg. Schulenberg (Nat.): Wir begrüßen die drei militärischen Vorlagen, auch den Entwurf auf Heranziehung der Heeresfähigen zu militärischen Dienstleistungen. Nur müssen hier alle Härten vermieden werden. Daher wäre hier Auswahlsberatung nötig, um keine Ungerechtigkeiten zu schaffen. Für die aus der russischen Gefangenenschaft zurückkehrenden Soldaten sollte in der Tat besser gesorgt werden. Wir haben auch nichts gegen eine gute und gerechte Behandlung der kriegsgefangenen. Wir verurteilen es aber, daß englische Offiziere in Wartefällen erster und zweiter Klasse verpflegt werden, während unsere Feldgrauen sich in der dritten Klasse zusammendrängen müssen. (Hört, hört!) Zum Anklamationsverfahren eignen sich nicht blutige Leinwände, zu denen der ältere Landsturmmann kein Vertrauen hat. Unlaublich ist, daß es Leute gibt, die zwei Jahre lang keinen Urlaub erhalten haben. Das mag an einer Unzulänglichkeit der betreffenden Kommandoführer liegen. Ein wenig erfreulich ist Kapitel über die Beförderungsvorläufe. Natürlich kann nicht jeder Wunsch erfüllt werden, aber unartige Härten sollte man ver-

den Delegierten im Südkaukasus beendet seien und daß der Friede unterzeichnet sei.

Aus dem Lande des Brotfriedens.

Seitdem das Brot in der Ukraine wieder dem freien Handel ausgeliefert worden ist, steigen die Preise von Tag zu Tag. Binnen drei Tagen stieg in Kiew der Preis für Roggenbrot von 95 bis 100 Kop. pro russisches Pfund (410 Gramm) auf 185 bis 200 Kopfen. Weizenbrot wurde am 20. Mai zu 2 Rubel 20 Kopfen verkauft. Die Höchstpreise betragen 28 resp. 35 Kop. 1 Pfund Mehl kostete 2 1/2 Rubel. Die enorme Preissteigerung erklärt sich nach den Berichten der U.A., der offiziellen ukrainischen Telegraphenagentur, durch die zu voller Entfaltung gelangte Spekulation, die wiederum zurückgeführt wird auf das Ueberfluten der Ukraine durch die sog. Weizenmüll, d. h. durch Leuten mit Säcken (Mehl) aus dem hungernden Rußland, die in die Dörfer und Dörflchen ziehen und Lebensmittel zum Wiederverkauf sammeln, also primitive Schieber.

Bandervolde wieder auf der Propagandareise.

Bandervolde bereist zurzeit als Mitglied einer belgischen Mission, der u. a. Minister Carton de Wiart angehört, wieder Italien zum Zweck der üblichen Stimmungsmaße.

Ueber die letzte französische Kammer Sitzung

sind anfangs durch Havas Berichte verbreitet worden, aus denen man schlussfolgern mußte, das alles ziemlich ruhig abgelaufen sei. Inzwischen aber sicherte durch, daß es doch etwas Ernstes gewesen sei. Nun kommt aus Bern eine Meldung die uns erst einen genaueren Aufschluß darüber gibt, was sich in Wirklichkeit in der Kammer zugefallen hat. Die Meldung lautet:

„Die Verluste der Engländer sind unglücklich hoch; das Gebiet, das sie verloren haben, ist enorm; der Rückgang der Franzosen ist bedrohlich und gefährlich.“ so sprach am 4. Juni Clemenceau, und eine Stimme von der Linken antwortete: „Sagen Sie so etwas im Schutzheller, und Sie werden sehen, wie es Ihnen ergeht!“ Jetzt erst erfahren wir solche Worte und Zwischenfälle, nachdem endlich mit Verspätung von jeds Tagen die Pariser Zeitungen über die Grenzgefahren wurden, und jetzt erst merken wir, mit welcher beispiellosen, vor Fälschungen nicht zurückstreichender Gewalt, die Zensur diesmal gewirkt hat. Der Havasbericht, der über die Kammer Sitzung meldete, sah so aus, als ob Clemenceau glatt und triumphierend eine eingeschüchterte Minderheit zum Schweigen gebracht hätte, und die Zeitungsstimmen, die über die Grenz telegraphiert werden durften, bekräftigten diesen gefälligen Eindruck. Hier wurde die Ansicht ausgesprochen, daß der Triumph des Ministerpräsidenten nicht ganz so leicht gewesen sein dürfte, und jetzt wird diese Ansicht immer kräftiger bestätigt. Es scheint diese Sitzung eine der turbulentesten in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs gewesen zu sein. „Der Generalkab läßt! Die Soldaten haben keine Munition mehr! Das Parlament ist nur noch eine „Chambre enchaînée.“ so schrie man durcheinander. Gegen diesen Lärm kam Clemenceau schlecht auf und er machte, wie selbst der Nationalist Berthelot in den Wendebögen sagte, eine besammernswerte Figur. Schon vor dem Kriege konnte man bemerken, daß die rednerischen Mittel des alternden Tribünen nachzulassen beginnen. Seine Stimme ist dumpf und schwach gewesen. Die Sätze überliefen sich und seine Reden, die sich im gedruckten Text immer sehr gut lesen, sind von der Tribüne gesprochen, meist so auf wie unverständlich. Diesmal scheint er besonders schwach gewesen zu sein. „Das Einzige, was er uns bewiesen hat, ist, daß er 78 Jahre alt ist.“ so sprach nach der Sitzung Maurice Barres vertraulich zu seinen Freunden.“

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 12. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer von zusammen 22 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein österreichisches Kampfschiff torpediert.

Aus Wien wird amtlich gemeldet: S. M. S. „Szent Istvan“ wurde bei einer Nachfahrt in der Adria torpediert und ist gesunken. Es werden der Eimerichsleutnant May de Roedie, Maschinenbetriebsleiter Sarung, Sekundant Anton Müller und etwa 80 Mannschaften vermisst. Der Rest der Bemannung wurde gerettet.

„Szent Istvan“ war ein Großkampfschiff (Linienschiff) von 21 000 Tonnen Wasserdrängung mit fast 1000 Mann Besatzung.

Kleine Nachrichten.

Auf Chalons-sur-Marne fielen in den letzten Tagen einige deutsche schwere Granaten.

Die politische Zensur ist aufgehoben worden — in der Türkei, beileibe nicht in Deutschland.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowski, die auch in Dänemark erschienen war, ist auf sein Verlangen zurückgezogen worden.

Die rumänischen Parlamentswahlen endeten mit einem Siege der Regierung Anhänger, also der Anhänger des Friedensschlusses mit den Mittelmächten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine echt nationale Lösung.

Die nationalliberale Landtagsfraktion hat sich, um die Spaltung zu verhindern, um eine klare Entscheidung bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden herumgedrückt. Sie hat beschlossen, die Position zurzeit nicht neu zu besetzen, sondern die Leitung der Fraktion in die Hände des Gesamtvorsitzenden zu legen und den jeweils ältesten Abgeordneten mit der Führung der Geschäfte zu beauftragen. Da diese der Abgeordnete Stadtschreiber v. Krause zurzeit ist, der aber durch seine Umgehänge daran verhindert ist, den Vorsitz der Fraktion zu führen, so tritt an seine Stelle das zweitälteste Mitglied der Fraktion, der Abgeordnete Hausmann, der bekanntlich ein Gegner des gleichen Wahlrechts ist.

Von dieser sogenannten Lösung der Frage dürften denken die nationalliberale Politiker nicht berührt sein. Sie werden mit uns in ihr ein weiteres Zeichen des Verfalls der nationalliberalen Partei sehen.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages

hat Genosse Stubbe dafür ein, daß Propaganten, für die in den letzten Tagen durch Kammerpräsidenten Villanen, v. Bismarck, Böhnen, möglichst schnell neues Saatgut zur Verfügung gestellt wird.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Dertliche Infanteriegefechte.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Nonon führte der Feind erneut starke Gegenangriffe beiderseits der großen Straße Rone-Strees-St. Denis. Unter schweren Verlusten brach auch dieser Sturm zusammen. Mehr als 60 Panzerwagen liegen zertrümmert auf dem Kampffelde. Die Gefangenenzahl ist auf über 15 000 gestiegen. Die Beute an Geschützen beträgt nach bisheriger Feststellung mehr als 150. Bei Abwehr der feindlichen Gegenangriffe fielen einige unserer bis in die vorderen Infanterielinien hinein angefahrenen Geschütze in Feindeshand.

Nördlich der Wisne drangen Sturmabteilungen in die feindlichen Gräben. Südlich der Wisne griffen wir nach starker Artilleriewirkung den Feind an und warfen ihn auf seine Linie östlich von Cuten-Dammiers und über diese Orte hinaus zurück. Nördlich von Corcu wurde der Savieregrund vom Feinde geläubert. Wir machten mehr als 150 Gefangene.

Mehrfach wiederholte feindliche Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.

In den beiden letzten Tagen wurden 35 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Hptm. Berthold und Ptn. Mendhoff errangen ihren 33., Oberlt. Schleich seinen 29. und 30., Hptm. Beltjen seinen 20. und 21. und Ptn. Reinhardt seinen 20. Lustflieg.

Der Erke Generalquartiermeister.
Zudenastoff.

Verfügung gestellt wird. In den letzten Tagen nach dem Frost seien die Preise für Bohnenausaat in unverantwortlicher Weise in die Höhe getrieben. Hier müßte aber schnell eingegriffen werden. Hieraus erwiderte Unterstaatssekretär Dr. Müller, daß über die Preisschäden noch kein abgeschlossener Bericht vorliege. Der konservative Abg. Weiskopf lang das bekannte Klagegedicht von den Frauen, die sich zur Arbeit auf dem Lande nicht bereit finden lassen. Bei Gewährung der Familienunterstützung müßte hierauf Rücksicht genommen werden. Mit Recht wies sich Genosse Weiskopf gegen diese Verfassung der landlichen Kriegsexistenz. In vielen Fällen würde die Unterstützung schon bei einem Tagesverdienst von 1,50 Mk. verweigert, weil Bedürftigkeit nicht mehr vorliege. Das sei kein Anreiz zur Arbeit. Der Landrat des Kreises Vitterbog sei sogar soweit gegangen, Frauen die Verweigerung der Lebensmittel anzudeuten. Das Gerücht in einem Rechtsstaate zu leben, wird dadurch den Leuten gewissermaßen genommen.

In der gestrigen Sitzung lehnte der Ausschuß die Anträge Köpfle, Held und Ziegler auf Verringerung der Organisation ab, nachdem sich v. Waldow gegen diese Anträge ausgesprochen hatte.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages.

wählte am Dienstag zunächst zum Vorsitzenden den Abg. Ebert, zu dessen Stellvertreter den Abg. Dr. Stresemann. Der Ausschuß trat dann in die Beratung der Besteuerung der Geldsumme ein. Die Vorlage steht vor bei einem Umfange bis zu 30 000 Mk. 5 v. H. Tausend, durchgestrichelt bis zu 1 v. H. bei einem Umfange von mehr als 3 Millionen Mark. Sozialdemokraten und Fortschrittler beantragen dazu einen Artikel zu einzufügen, der besagt: „Die Umfassungen derjenigen, welchen die Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens zusteht, über das steuerpflichtige Einkommen aus diesem Vermögen 10 v. H. Die Abgabe ist auch zu erheben, wenn eine Aufstellung nicht gefertigt wird.“ Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt.

Zu der Besteuerung der Geldsumme lagen verschiedene Anträge vor. So will ein Antrag Warmuth: „Bei Einkommensverhältnissen tritt bei einem Betrage bis zu 30 000 Mk. und bei einem größeren Betrage von den ersten 30 000 Mk. der Steuerfuß von 5 v. H. ein, bei Sparkassen ein solcher von 3 v. H. bei einem Betrage bis zu 100 000 Mk. und bei einem größeren Betrage von diesen ersten 100 000 Mk.“

Die Nationalliberalen fordern dazu: „Befreit sind, mit Ausnahme ihrer Umsätze im Depositen- und Kontokorrentverkehr, die öffentlichen Sparkassen und deren Giroverbände, Kreditinstituten und ähnliche Einrichtungen.“

Das Zentrum verlangt: „Von der Abgabe sind befreit die den Kreditgenossenschaften und deren Verbänden für Einlagen vergüteten Zinsen.“

Außerdem lagen eine ganze Reihe Anträge vor, die eine andere Staffelnung fordern, insbesondere verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten eine Erhöhung für Umsätze, die über 3 Millionen hinausgehen, und zwar von den nächsten angefangen oder vollen 10 000 000 Mk. 4 v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 20 000 000 Mk. 4 1/2 v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 30 000 000 Mk. 5 v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 50 000 000 Mk. 5 1/2 v. H., darüber 6 v. H.

In der sehr ausgedehnten Aussprache kam von allen Seiten der Wunsch zum Ausdruck, die Sparkassen und Genossenschaften steuerlich zu bevorzugen, wenn auch die Schwierigkeiten nicht verkannt wurden, die sich diesem Wunsche entgegenstellen, weil eine Anzahl Sparkassen sich zu richtigen Bankgesellschaften entwickelt haben. Von einem Vertreter der Regierung wurde betont, daß die Sparkassen schon nach dem Entwurf nur ganz minimal gekürzt werden.

Mittlerweile war ein Antrag der Sozialdemokraten eingegangen, der die Steuerfreiheit auch auf die Genossenschaften ausdehnen, eventuell aber einen einheitlichen Steuerfuß von 1 v. H. festgesetzt wissen will.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf weitere Steigerung der Staffel angenommen. Wesentliche Sparkassen und Genossenschaften zahlen die Hälfte der Steuer, nicht-öffentlichen Sparkassen kann diese Vergünstigung durch Beschluß des Bundesrats gewährt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Minister des Innern Graf Toggenburg ist zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der bisherige Wiener Polizeipräsident Ritter von Sauer. Ueber die Gründe des Rücktritts ist nichts bekannt.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Donnerstag, 15. Juni.

Papiermangel

zwingt uns zu einer Maßnahme, die wir im Interesse unserer Leser so lange als irgend möglich hinten gehalten haben, nämlich den „Lübecker Volksboten“ einmal in der Woche nur vierseitig erscheinen zu lassen. Die Bemühungen unserer Geschäftsleitung bei der Kriegswirtschaftsstelle für das

deutsche Zeitungsgewerbe, ihr das dringend benötigte Papier zur Verfügung zu stellen, haben leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Sie werden selbstverständlich fortgesetzt.

Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Ereignisse sich häufen, wo in den Parlamenten wichtige Beratungen stattfinden und schwerwiegende Entscheidungen fallen, bedürfen politische Blätter, die Wert darauf legen, ihre Leser über alle Vorkommnisse so zu informieren, daß sie sich selbst auch ein zutreffendes Urteil bilden können, dafür des erforderlichen Raumes, der daselbst ist wie Papier. Daran hapert es jedoch. Kommt nun noch hinzu, wie in unserem Falle, daß sich die Abonnentenzahl in aufsehender Weise erhöht, so macht sich der Mangel in noch stärkerem Maße fühlbar.

Es ist also nicht unsere Schuld, wenn wir zu einer gelegentlichen Einschränkung unserer Seitenzahl schreiten müssen. Wir sind, wie schon gesagt, dazu gezwungen. Natürlich handelt es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung, deren Dauer so kurz als irgend möglich sein soll.

Unser Bestreben bleibt, alles aufzubieten, damit unsere Leser dennoch zu ihrem Recht kommen.

Die Gehaltszulagen für die Beamten,

die in den Ruhestand versetzten Beamten und die Beamtenhinterbliebenen, sowie die Neufestsetzung der Honorare der Mitglieder des Senats

beschäftigten den Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung. Ihm lag ein Antrag des Senats vor, der sich im wesentlichen an das von der Bürgererschaft beschlossene Erlassen von Dampfer und Genossen anlehnt und in Verbindung damit für die anderen Beamtenkategorien dem Erlassen von Hoff nachkommt, in welchem für diese eine 30prozentige Gehaltsaufschüßerung verlangt wurde. Der Senat beantragt:

1. daß die Gehalte der Beamten vom 1. April 1918 ab erhöht werden, und zwar nach der Gehaltsstufe von 1911 um 30 % in den Besoldungsklassen A I—V, um 25 % in den Besoldungsklassen A IV—IX, B I, C I—III, um 20 % in den Besoldungsklassen A X—XVI, B II, C IV—VIII, um 15 % in den Besoldungsklassen A XVII—XXI, C IX—XII, und daß die hiernach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe bis zu 996 999 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde;

2. daß die Pensionen der in den Ruhestand versetzten Beamten und Hilfsarbeiter sowie die Witwen- und Waisengelder von Hinterbliebenen von Beamten und pensionsberechtigten Hilfsarbeitern vom 1. April 1918 an in gleicher Weise wie unter Nr. 1 nach Weggabe der Besoldungsklassen, zu der der in den Ruhestand Versetzte oder der Verstorbenen gehörte, erhöht werden und daß die hiernach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe bis zu 100 200 Mk. auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde;

3. daß in Abänderung des Gesetzes vom 7. April 1875, die Honorare der Mitglieder des Senats betreffend, sowie der darauf bezüglichen Rat- und Bürgerentschlüsse vom 20. März 1893 und 30. Juni 1902 die Honorare der Mitglieder des Senats vom 1. April 1918 ab neu festgesetzt werden: für die dem Gehaltsstande angehörenden auf 20 000 Mk. jährlich, für die übrigen auf 10 000 Mk., nebst einer Entschädigung für Ehrenausgaben an den den Vorsitz im Senate führenden Bürgermeister von 5000 Mk., und daß die demnach für das Rechnungsjahr 1918 erforderliche Summe von 74 600 Mark auf Abschnitt XIX des Haushaltsplans angewiesen werde.

Diese Gehaltsregelung scheint namentlich bei manchen höheren Beamten wenig Freude erweckt zu haben, die in der für alle gleichmäßigen prozentualen Erhöhung ihr Ideal erblicken, obwohl deren Wirkung ist, daß den Großen ein Scherflein, den Kleinen mit Teufeln zugeworfen wird. Der Bürgerausschuß verwies die Senatsvorlage an eine Kommission, in die Köster, Genosse Löwig, Dr. Langenhein, Dr. Eichenburg und J. Reimwell gewählt wurden.

Lehrerzulagen für unständige staatliche Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Im Bürgerausschuß wurde gestern vom Senat mitgeteilt, daß den unständigen staatlichen Hilfsarbeitern eine Lehrerzulage von 1 Mk., den Hilfsarbeiterinnen eine solche von 30 Pfg. täglich gewährt worden ist. Weiter seien die bewilligten Bezüge von Witwen händlicher Arbeiter etwas erhöht worden.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner gestrigen Sitzung seine Mitgenehmigung folgenden Senatsanträgen: Bewilligung von 1500 Mk. zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Travenmünde; Gewährung einer weiteren Beihilfe an den Verein Öffentliche Rechtsanwaltsstelle (eine Bürgerausschußkommission hatte sich für deren Ablehnung ausgesprochen); Nachbewilligung von 2861,70 Mk. für die Steuerbehörde; Verkauf einer 90 Quadratmeter großen Landfläche am Mühlhofweg an den Gärtner Heinrich Reuter zum Preise von 200 Mk.; Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurden die Senatsanträge betr. Verkauf von Ländereien des St. Johannis-Jungfrauenklosters sowie betr. Ausdehnung des Geschäftsbereichs der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg auf das lübeckische Staatsgebiet; Einlage von einer Bürgerausschußkommission vorgelegene Anforderungen unwesentlicher Art sollen daran vorgenommen werden. Der Senatsantrag betr. Erweiterung des Schulhauses der Bezirkslehre in Lüdnitz um vier Klassen wurde an eine fünfgliedrige Kommission, der auch Genosse Radde angehört; der Antrag betr. Bewilligung von 5470 Mk. für das Einigungsamt an eine dreigliedrige Kommission (Mitglied ist Genosse Löwig); der Antrag betr. Erhöhung der Beiträge für die Gesundheitskasse an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen.

Neue Reisebrotmarken.

Die Zentralbehörden haben die äußere Form der Reisebrotmarken neu gestaltet. Die 10-Gramm-Abchnitte der auf insgesamt 50 Gramm lautenden Reisebrotmarken fallen weg. Dadurch wird eine Umgestaltung der Marken bedingt. Der kleine schwarze Reisesackel erscheint am linken Rand. Unter dem Wort „Reisebrotmarke“ wird nunmehr „40 Gramm Gebäck“ künftig „50 Gramm Gebäck“ stehen. Endlich werden die Marken bogen um 1 Zentimeter schmaler gehalten werden. Die in Bayern und Württemberg zur Ausgabe gelangenden 50-Gramm-Marken werden sich von denen in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr unterscheiden. Durch diese Umgestaltung wird die Gültigkeitsdauer der bisher verausgabten 50-Gramm-Marken mit 18-Gramm-Abchnitten nicht beeinträchtigt. Sie bleiben also neben den neuen Marken dauernd gültig.

Arbeiterretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Mai auf 1167 (1289), die der Besucher auf 1296 (1455). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Daraus kamen in derselben Sache wiederholt 117 Personen. Within sind im Mai 1050 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1292 (1346), darunter nach auswärts schriftlich 31 (45). Von den Besuchern waren organisiert 729 (784) Personen, und zwar gewerkschaftlich 462, politisch 16, gewerkschaftlich und politisch 251. Unter den verbleibenden 567 Nichtorganisierten befanden sich 461 Angehörige von Organisierten und Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 529 (576) männlich, 761 (853) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1235 (1364); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 55 (67); Organisationen 6 (4). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1093 (1127) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 107 (130), Oldenburg 40 (63), Mecklenburg 22 (45), Preußen 22 (45), und sonstige

12 (25). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterverficherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 156 (181), Privatversicherung 3 (2), Arbeits- und Dienstvertrag 125 (133), bürgerliches Recht 326 (329), Strafrecht 87 (76), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 559 (588), Arbeiterbewegung 2 (-), Privatversicherung 5 (1), Handels- und Gewerbetätigkeit 3 (2), Hilfsdienst 10 (16), Vertriebenes 16 (17). Von den Auskünften machten 299 (369) die Anfertigung von 382 (431) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 10 (11) sonstige Briefe und Postkarten. Ein ging 222 (211) Postsendungen. Der 27. Mai zeigte mit 75 (72) die höchste, der 14. Mai mit 21 (34) die niedrigste Besucherzahl.

In einem Prozeß wegen Kettenhandels und unerlaubten Handels mit Lebensmitteln vor dem hiesigen Schöffengericht, über dessen Ausgang wir Dienstag berichteten, war auch der Lagermeister des hiesigen Rühlhauses verurteilt. Er wurde, wie aus unserm Notiz ersichtlich ist, freigesprochen. Sein Verteidiger ersucht nun noch besonders darum, mitzuteilen, daß er freigesprochen ist und auch nichts zurückzahlen muß (was irrtümlich gemeldet wurde. Red.), zumal er überhaupt keinen Handel getrieben, nicht gewuchert und sich des Kettenhandels nicht schuldig gemacht hat.

Ein „schwerer Junge“ und gefährlicher Wohnungsdiener hatte sich in der Verlesung des „Obermonteurs“ Georg Junge vor der Rieker Strafkammer zu verantworten. Er hatte sich in Kiel, Rendsburg und Lübeck Wohnungen gemietet, war dann aber bald verschwunden und mit ihm verschiedene Sachen der Vermieter. Hier in Kiel hat er vier solcher Diebstähle begangen und dabei Kleidungsstücke, Wäsche, eine goldene Uhr und andere Sachen gestohlen. Für die Diebstähle in Rendsburg und Lübeck hat er kürzlich schon eine mehrjährige Zuchthausstrafe erhalten. Er wurde nun zu einer Gesamtzuchthausstrafe von acht Jahren und zehn Monaten Zuchthaus verurteilt.

Gibt die Brennstoffkarte nur für die minderbemittelte Bevölkerung? Von der Ortsstellenstelle wird uns geschrieben: Im Sprechsaal des Lübecker Volkshotels erschien vor einigen Tagen eine Ausstellung, die ausführte, daß in letzter Zeit ganze Lastwagen voll Brennmaterialien vor den Willen entladen würden, daß aber der Schreiber jener Zeiten, der sich ein Arbeiter nennt, mit seiner Brennstoffkarte von Herodes zu Pilatus habe laufen müssen, um nur einige Zentner Brennmaterialien zu erlangen, die er sich auch noch selber abholen mußte. Daß während des Sommers die Möglichkeit besteht, sich mit dem von der Ortsstellenstelle bezogenen Vorrat für den Winter einzudecken, dürfte, nachdem die Verordnung vom 11. April bekannt gemacht ist, und die Zeitungen diesen Gegenstand wiederholt behandelt haben, allgemein bekannt sein. Diese Maßnahme vernünftiger Weise deshalb, weil die Brennstofflager der Händler bei den vermehrten Zufuhren im Sommer entleert werden müssen und Vorräte getroffen werden muß, daß das Fuhrwesen im Winter möglichst nur mit den kleinen Fuhrern derjenigen zu tun hat, die sich nicht auf längere Zeit eindecken können oder wollen. Es ist aber vorgebracht, daß Karten und Vorräte in der Reihenfolge des Einzugs geliefert werden. Sollte ein Feuerungshändler, der die hierzu erforderlichen Brennstoffe auf Lager hat, die Lieferung einer Brennstoffkarte verweigert, so würde er sich schwer strafbar machen. Der Ortsdiener hat keine Klage beim Polizeiamt oder bei der Ortsstellenstelle nicht vorgebracht, was sehr zweckmäßig gewesen wäre; denn dann wäre es möglich gewesen, die Fälle im Strafverfahren aufzuklären. Es kann der Bevölkerung nur dringend empfohlen werden, alle Beschwerden über Nichterfüllung der Brennstoffverordnung durch die Händler der Ortsstellenstelle mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

Stadthallen-Sommertheater. Am kommenden Sonntagabend und Sonntag gelangt die Operette-Neuheit „Das Fräulein vom Amt“ zur Aufführung. Ein volles Jahr wurde das liebenswürdigste Werk in Berlin mit Guido Thielscher in der Hauptrolle ununterbrochen gegeben. Von Berlin ging es über alle Bühnen der Provinz und wurde auch dort durch seine lustige Handlung und einnehmenden Melodien zum Zug- und Kassentück. „Das Fräulein vom Amt“ bietet unsern beliebtesten Mitgliedern Musik, Scherz, Pausen, Bradsen geradezu Glanzrollen, sodaß dadurch allein schon der Erfolg gesichert sein dürfte.

Obesloe. Ueberfahren und getötet wurde auf dem hiesigen Bahnhofs der 20jährige Hilfsarbeiter Werner Otto aus Lüneburg, zuletzt in Obesloe wohnhaft. Wahrscheinlich hat er den Zug im Fahren betreten und ist hierbei abgestürzt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hamburg. Die Bürgerschaft nahm gestern den Antrag Dr. Mund über die Wiedereinsetzung des freien Handels erdgültig an. Den Standpunkt der Sozialdemokraten verteidigte in längerer wirkungsvoller Rede Genosse Weinheber und darauf nahm Genosse Winnig noch einmal das Wort, der erklärte, von dem Antrag auch keine praktischen Folgen erwarten zu können, da keine Regierung ihm zustimmen könnte. Das Gesetz über die weitere Sinauschiebung der Bürgerrechts-wahlen wurde in erster Lesung einstimmig genehmigt.

Harburg. Ein Großfeuer kam aus unbekannter Ursache in dem Walde Sauerberg bei Granitz zum Ausbruch. Dem Eingreifen eines Kommandos russischer Gefangener unter Führung eines Landsturmmannes gelang es in Verbindung mit der Feuerwehr, das Feuer zum Stehen zu bringen und später zu löschen.

Kiel. Der sozialdemokratische Zentralverein für den Schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) hielt in Kiel seine Generalversammlung ab. Wie der Parteisekretär, Genosse Koller, in seinem Bericht zum Ausdruck brachte, wirken die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse immer noch lähmend auf die Organisation. Der Mitgliederbestand von 12752 am 1. April 1918 war um 685 geringer als im Jahre 1917, doch macht sich zu Beginn des neuen Jahres wieder ein langsamer Aufstieg bemerkbar. Von den 12752 Mitgliedern sind 9558 männliche (schließlich 9264 zum Heresdienst einberufenen) und 3194 weibliche. Das Parteivorstand hat im Laufe des Geschäftsjahres 800 neue Abonnenten gewonnen. Nach eingehender Aussprache über den Geschäftsbericht, die sich hauptsächlich um die Verbearbeitung für die Organisation drehte, wurde eine Entschärfung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die geradezu unerhörten Zustände in der Lebensmittelversorgung, die ablehnende Haltung der reaktionären Kreise in der Wahlrechtsfrage, die unentschlossene Stellung der preussischen Regierung dazu, das Auftreten der Vaterlandspartei und der Mittelständler, die neuen Steuervorlagen und die damit verbundene weitere Belastung der breiten Masse zwingen die Arbeiter zur Selbsthilfe. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiter in Stadt und Land ihre Organisationen stärken und ausbauen.“

Der Vertreter des Kreises im Reichstage, Genosse Carl Legner, wurde einstimmig wieder als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt. Der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder wurde von 50 auf 60, der für weibliche Mitglieder von 15 auf 30 Pfg. erhöht. Außerdem sollen die männlichen Mitglieder einen besonderen Wahlfondsbeitrag von 10 Pfg. monatlich zahlen.

Umsinken. Durch Feuer zerstört wurde in der Nacht zum Mittwoch das mit Stroh bedeckte Wohnhaus des Landmannes Hans Winkler in Köln. Das gesamte Mobilar sowie etwas Ackergerät fielen den Flammen zum Opfer. Die Entstehungssache des Feuers ist unbekannt. Das Gebäude ist mit 14000 Mark, das Mobilar mit 8000 Mark versichert.

Bremen. Gewerkschaften und Lüdendorffspende. Das hiesige Gewerkschaftsamt, das von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu einer Stellungnahme zu der Lüdendorff-Spende aufgefordert war, hat mit erheblicher Majorität sich dagegen ausgesprochen, der etwaigen Aufforderung zur Unterzeichnung des Aufrufs Folge zu geben. Der Beschluß wurde trotz eifriger Bestürmung des Parteivorstandes, sich an der Lüdendorff-Spende zu beteiligen, gefaßt.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neuer Stern.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni ist auf den verschiedenen Sternwarten ein neuer Stern von der ersten Größenklasse im Sternbild des Adlers entdeckt worden. Dieser neue, auffallend hellstrahlende Himmelskörper steht südwestlich vom hellsten Adlerstern in 18 1/2 Uhr Rektaszension und einhalb Grad nördlich im Deklinationssahndum vom Himmelsäquator. Er ist infolge dessen von 10 Uhr abends (neue Sommerzeit) ab bequem am südöstlichen Himmel sichtbar und kann dann die ganze Nacht hindurch wahrgenommen werden. Der neue Himmelskörper ein Sinnbild des Werdens und Vergehens auch im Universum, steht, wie fast alle neu aufkeimenden Sterne, im Bereiche der Milchstraße, wo er durch Zusammenstoß mit anderen kosmischen Nebelmassen zum Aufsteigen gekommen ist. Derartige neue Sterne sind häufiger wahrgenommen worden, aber selten mit so großer Helligkeit. Der letzte helle neue Stern leuchtete im Sternbild des Perseus auf, und der berühmteste aller neuen Sterne war der von Lado de Brahe im Sternbild der Kassiopeia 1572 entdeckte, der alle Fixsterne in Glanz überstrahlte. Von ganz besonderem Interesse werden Untersuchungen über das Spektrum des neu aufkeimenden Sternes sein, die über seine Beschaffenheit Aufschluß geben und auf die noch besonders zurückzukommen sein wird. — Die Helligkeit des neuen Sternes hat seit Sonnabend, ebend weiter zugenommen und hatte am Sonntag abend die Helligkeit des hellsten Sternes am Südhimmel, Vega in der Leier, bereits überschritten. Die Nova scheint sich zu einem der allerhellsten Sterne der letzten Jahrzehnte zu entwickeln.

Von der Hamburger Sternwarte wird dazu noch berichtet: Der neue Stern erster Größe, der in der Nacht vom 8. zum 9. Juni im Sternbild des Adlers entdeckt wurde und seit dem Erscheinen des neuen Stern Perseus am 21. Februar 1901 der hellste seiner Art ist, wurde an der Hamburger Sternwarte von Professor Schorr mit dem großen Spiegelteleskop beobachtet und photographiert. Eine Nebelquelle konnte in der Umgebung des Sternes nicht festgestellt werden. Das Spektrum zeigte sich kontinuierlich, Wasserstofflinien treten im roten und blauen Teile, Absorptionslinien im grünen Teile des Spektrums auf. Der neue Stern gehört, wie die meisten neuen Sterne, der Milchstraße an. Seine Entfernung ist vermutlich sehr groß.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
a. G. m. b. H.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges haben wir den Verlust unseres Lagerhalters in Dassow

Friedrich Reiher

zu beklagen. Sein reges Interesse für die ihm anvertraute Warenabgabestelle und seine Tüchtigkeit haben dazu beigetragen, unserer Genossenschaft in seinem Wirkungskreise Ausbreitung und Anhänger zu verschaffen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

2785 **Der Vorstand.**

Statt besonderer Anzeige.

Am Dienstag abend entschlief sanft nach langem schwerem Leiden unsere liebe Mutter und Grossmutter

Marie Bohm geb. Wilhelmy

im 62. Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert und schmerzlichst vermisst von den Kindern. Lübeck, den 13. Juni 1918. Ernststrasse 30.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 17. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Kapelle des Burgtor-Friedhofes statt. 2784

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Bezirk Lübeck.

Erst jetzt wurde uns die Nachricht, daß auch unser neuer Kollege, der Lagerhalter

Fritz Reiher

am 8. Mai 1917 dem Weltkriege zum Opfer gefallen ist. Auch ihm werden wir ein Ehrengrab an dem hiesigen Friedhof anweisen. 2789 Die Ortsverwaltung.

Eine Gaslampe u. Gasrohr
zu verkaufen. 2788
Friedr. Meyer & Co.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung danken herzlich 2786
Unterwesier W. Stümer u. Frau geb. Dührp.

Guterhalt. Klappsportwagen
mit Verdeck zu kauf. gel. Ang. m. Preis Glanborsstr. 10. II. 2790

Gebrauchte Hobelbank
zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis un. S S an die Exped. 2783

Zu Karten gesucht. 2779
Hauswirtschaften, Snoken, Giten, Papier, Zeitungen, zu billigem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Bienenhaff 25.
Tel. 2459.

Visitenkarten
Bachdr. Friedr. Meyer & Co.

Hausammlung für die Lüdendorff-Spende.

Der Ausschuss für die Lüdendorff-Spende beauftragte die Lübecker Sanitätskolonnen mit der Vornahme der Hausammlung für die obenbezeichnete Spende. Die Mitglieder der Kolonnen bitten um reichliche Gaben. Seit Kriegsbeginn leisten die Kolonnen sämtliche ihnen übertragenen Arbeiten ohne irgendwelches Entgelt. Befähigten sich die Sanitäter zunächst nur bei dem Transport und der Versorgung der Verwundeten, so übernahmen sie seit über zwei Jahren die Transporte von Privatkranken von und nach dem Lande, wie auch vom Bahnhofe nach den Krankenhäusern. Tausende Familien sind hierdurch den Kolonnen verpflichtet. Dieser Dank kann abgetragen werden, wenn die Lübecker den Mitgliedern der Kolonnen ihre Anerkennung für die der Vaterstadt geleisteten Dienste durch reiche Gaben, die sie den Sammlern für die Lüdendorff-Spende überweisen, geben. Nur nach Vorzeigung des mit Polizeistempel versehenen Ausweises dürfen die Sammler die ihnen zugeordneten Beträge entgegennehmen.

Der Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz.

2782

Lüdendorff-Spende für Kriegsbeschädigte.

Werbe-Ausschuss für Travemünde.

Erstes Spendenverzeichnis.

Frau Mathilde Behndt 20, Weisner & Weber 20, E. Wien 100, F. Bohn 25, Carl Brüggemann 500, Friz Brüggemann 1000, Ghr. Buschow 50, Dahlström 100, Aug. Eggers 100, Einkauf Travemünder Gasthausbesitzer G. m. b. H. 500, Geschw. Giesfeldt 70, Friedr. Giers-Gwershof 1000, Aug. Giers-Gwershof 200, Frau Konrad Fehling 50, Klugegwerter Travemünde 1000, Ernst Franz-Sneversdorf 500, Georg Gärtne: 50, Gerdt-Sneversdorf 200, Jof. Goldschmidt 300, Heint. Grube-Sneversdorf 20, L. Häber 100, R. Gargus 50, R. Jooft 100, Friedr. Kähler 300, W. Karstadt 100, J. H. Kröger 100, Direktor Langer 50, Lotfentkommandeur Lindenberg 50, Gebr. Lohff 500, F. Lohff Ww. 50, S. Lübers 50, Helene Paerker 50, Frau Rühlmann 25, Mercier 50, Frau-Sneversdorf 20, Dr. Baerter 50, W. Wolborn 40, von Reinhardt 20, F. Riedmann 50, Jul. Schmidt 50, Ernst Sander 50, Carl Schulz 500, F. Schulz 25, Schürmann 50, Sportasse 500, Thuring 100, Wolk 10, Ernst Weisgal 50. 2781

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelehrte Arbeiter und Plaharbeiter,

in größerer Zahl, ferner 2777

Dreher, Schloffer, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremnis,
Rathenow, Bahnhaff. 22

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Achtung Ziegenzüchter!

Zur Gründung eines Vereins für St. Lorenz laden wir alle Interessenten zu der am

Sonntag, d. 15. Juni

abends 8 Uhr
bei Herrn Marlinsson,
Lindenstraße 13,
stattfindenden Versammlung höfl. ein. (2787) Die Eisenrufer.

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Achtung!

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 15. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:

1. Kartellbericht.
2. Wahl von Bezirkskassierern und Revisoren.
3. Verschiedenes.

2773 **Der Vorstand.**

Hansa-Theater.

Operetten-Gastspiel.
Heute abend 8 Uhr: (2780)

Ein Walzertraum.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs.
2774

Donnerstag, d. 13. Juni 1918:

Der Vogelhändler.

Freitag, den 14. Juni 1918:

Die Ehre.

Schauspiel von H. Sudermann.
Sonnabend, den 15. Juni 1918:
Neuheit! Neuheit!

Das Fräulein vom Amt.

Operette von Gilbert.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.